

5

Elemente direkter Demokratie in Großstädten

Bremer Stadtteilbeiräte als Teil des Herrschaftssystems

	Bremer Stadtteilbeiräte als Teil des Herrschaftssystems.....	1
10	Allgemeine Einordnung des beschriebenen Vorgangs in einem kleinen Teil Bremens in die demokratische Selbstverwaltung der Städte.	1
	Ordnung von Stadtparlament und örtlicher Bürgervertretung in Bremen	2
	Konkrete Erfahrung mit der Vertretung der vom Verwaltungshandeln betroffenen Bevölkerung durch den Stadtteilbeirat Mitte und das Ortsamt Mitte, Östliche Vorstadt	2
15	Räumliche Situation	3
	Der aktuelle Fall: Asylbewerberheim als Gradmesser der durch Ortsamt und Beirat organisierten Bürgerbeteiligung	4
	Die Form der Bürgerbeteiligung	5
	Zu den Argumenten	6
20	Vermutlich Korruption im Spiel.....	11
	Kriterien für eine integrative Unterbringung von Asylbewerbern.....	12
	Meine Bewertung der Vorgänge.....	13
	Nachschlag.....	14
	Anhang 1:	16
25	Anhang 2	17

Allgemeine Einordnung des beschriebenen Vorgangs in einem kleinen Teil Bremens in die demokratische Selbstverwaltung der Städte.¹

30 Ständige Bürgerbeteiligungen unterhalb der kommunalen Ebene unserer Demokratie sind inzwischen in deutschen Großstädten überall gängig. Das gewählte Stadtparlament repräsentiert dabei die indirekte Demokratie, die in Deutschland so vorherrschend ist. Alle wesentlichen Entscheidungen der Legislative, die auf kommunaler Ebene zu treffen sind, werden durch das Stadtparlament entschieden oder abgeseget – insbesondere die städtischen Haushalte und die Satzungen, wie z.B. die Flächennutzungs- und Bebauungspläne. Aber

35 ganz viele unmittelbar den Bürger betreffende Fragen werden von der städtischen oder den übergeordneten Verwaltungen entschieden. Die Verwaltung führt dabei Regelungen der EU, des Bundes und der Länder aus. Diesem wichtigen Verwaltungshandeln werden Bürgerausschüsse unterhalb der Großstadtebene zugeordnet. Diese Bürgerbeteiligung soll die Ansichten und Interessen der unmittelbar betroffenen Bürger in das Verwaltungshandeln beratend

40 einbringen. In vielen zur Entscheidungen anstehenden Fragen haben diese Bürgerausschüsse ein Anhörungsrecht und ihre Voten haben ggf. eine aufschiebende Wirkung. Die höheren entscheidenden Instanzen müssen sich mit dem Votum der lokalen Vertretung auseinandersetzen. Das letzte Wort haben diese lokalen Bürgerausschüsse fast nie. Durch diese Bürgerbeteiligung soll das Verwaltungshandeln besser an die örtlichen Gegebenheiten

45 angepasst und damit besser, bürgernäher und effektiver werden. Also sollte auf die Bürger

¹ WelcheR LeserIn sich nur für den aktuellen Fall – Asylbewerberheim interessiert, kann gleich unter S 4 weiter lesen.

5 gehört werden. Sonst könnte der Eindruck entstehen, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden werde.

Ordnung von Stadtparlament und örtlicher Bürgervertretung in Bremen

10 Für die Stadt Bremen heißt das Parlament „Stadtbürgerschaft“ (das des Landes „Bürger-
schaft“). Die Beteiligung der unmittelbar vor Ort ansässigen Bürger wird mit gewählten **Stadt-
teilBeiräten** organisiert. Es gibt in Bremen 22 Stadtteilbeiräte, die von 19 Ortsämtern organi-
15 siert werden. Die Beiräte haben je nach Einwohnerzahl der Stadtteile² unterschiedliche An-
zahl von Mitgliedern. Die Mitglieder der Stadtteilbeiräte werden zusammen mit der Bürger-
schaftswahl gewählt. Der Wähler hat fünf Stimmen. Die kann er kumuliert einer (Partei)Listen
oder einer Person oder auch beliebig verteilt (panaschiert) auf bis zu fünf Personen und bzw.
20 oder Listen verteilen (die einer Person gegebene Stimme wird gleichzeitig der Liste zuge-
rechnet, von der die Person aufgestellt wurde.) Die repräsentierten Teilgebiete haben z.T.
sehr wenige Einwohner wie z.B. die Ortsteile Seehausen, Strom oder Blockland, letzterem
mit aktuell rd. 400 Einwohnern. Oder in ihnen wohnt auch eine relativ große Bevölkerung,
wie z.B. im Stadtteil Neustadt mit aktuell rd. 43.700 Einwohnern. In anderen Großstädten
25 Deutschlands beziehen sich vor Ort Vertretungen der ansässigen Bevölkerung meist auf
eine sehr viel größere Einwohnerzahl. In Berlin sind es zwölf Stadtbezirke mit Einwohnerzah-
len zwischen rd. 250.000 und 380.000, die jeweils Bezirksparlamente besitzen. Also in Bre-
men ist die Vertretung sehr kleinteilig, die Stadtteilbeiräte können dadurch sehr nah an der
Bevölkerung sein, deren Anliegen erfahren und artikuliert in die städtische Politik einbringen.
30 Die gewählten Beiräte müssen in dem Stadtteil wohnen, deren Bewohner sie vertreten wol-
len. Denn die Beiräte haben zwar wenige Entscheidungskompetenzen (die meisten noch,
was den örtlichen Verkehr anbelangt). Aber sie haben potentiell Einfluss, weil sie zu sehr
vielen Angelegenheiten der städtischen Politik und des Verwaltungshandelns gehört werden
und weil sie auch ein Initiativrecht haben. Sie können sich also selber die Gegenstände der
Beratung aussuchen und haben dann auch ein Informationsrecht. Sie können auch Einwoh-
nerversammlungen zu von ihnen gewählten Themen organisieren und damit die Politik unter
35 Druck setzen. Die Beiräte wählen auch den Ortsamtsleiter, der dann aber von dem Bürger-
meister der Stadt als Beamter eingestellt wird – insofern ist er dann weisungsgebundener
Bediensteter der Stadt und kann nicht vom Beirat wieder abgewählt werden – er ist also kein
Wahlbeamter und auch nicht an die Legislaturperiode des Beirates gebunden³. Dies ist na-
türlich eine Schwäche. Denn er kann das Organisieren von Aufgaben, die ihm der Beirat gibt,
verweigern, wenn sein Vorgesetzter es ihm untersagt, oder wenn der Ortsamtsleiter sagt,
dafür sei kein Geld da.

40 Konkrete Erfahrung mit der Vertretung der vom Verwaltungshandeln be- troffenen Bevölkerung durch den Stadtteilbeirat Mitte und das Ortsamt Mit- te, Östliche Vorstadt

45 Die Beiräte behaupten, sie würden die Interessen der örtlichen Bevölkerung in den politi-
schen Prozess und das Verwaltungshandeln einbringen⁴. In Bremen müsste das mit der
kleinteiligen Vertretungsstruktur und den relativ vielen Beiräten ziemlich gut und unmittelbar
funktionieren. Nehmen wir ein konkretes Beispiel:

Der Stadtteilbeirat Mitte: Er besteht aus 13 Mitgliedern, davon aktuell: Fünf von den Grünen,
vier von der SPD, zwei von der CDU und je einem von der Linken und der Piratenpartei. Da-
ran zeigt sich, dass auch auf der kleinteiligen Ebene die Listen nach Parteien aufgestellt sind
und es in Bremen keine freien Wählergemeinschaften gibt, die in manchen süddeutschen
50 Gemeinden bei der örtlichen Vertretung der Bevölkerung bei Wahlen ein erhebliches Ge-
wicht auf die Waage bringen. Die 13 Beiräte vertreten aktuell rund 17.500 Einwohner. Sicher

² Die nächst kleineren räumlichen Einheiten sind die Ortsteile. Z.T. heißen sie wie die Stadtteile z.B. Schwachhausen oder Vegesack.

³ Ausnahme sind die ehrenamtlichen Ortsamtsleiter, die keine Beamten werden und nur für die Dauer der Wahlperiode des Beirates gewählt werden.

⁴ Laut Beirätegesetz sind sie dazu nicht verpflichtet. Das ist aber die Aufgabe der Ortsämter, die zur Verwaltung der Stadt gehören.

5 sind in diesem Stadtteil durch die vielen Geschäfte und Unternehmen mehr Gesichtspunkte zu berücksichtigen als in reinen Wohnstadtteilen – aber in denen wohnen dann auch meist deutlich mehr Menschen.

Räumliche Situation

10 Nehmen wir als Beispiel die Anliegen der Bewohner der Sonnenstraße in dem Stadtteil Mitte, Ortsteil Ostertor, der auch das Zentrum des sogenannten „Viertels“ ist. „Das Viertel“, zu dem noch andere Ortsteile des Stadtteils „Östliche Vorstadt“ gehören, hat den Ruf, das quirligste Stadtviertel Bremens zu sein, in dem die unterschiedlichsten Lebensstile und Verhaltensweisen friedlich aufeinander treffen und sich kreativ befruchten.

15 Die Sonnenstraße ist eine kleine Seitenstraße von der Wohnsammelstraße Am Dobben, durch die auch eine Straßenbahn fährt. Auf ihrer Südseite stehen altbremer Reihenhäuser überwiegend aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In Ihnen wohnen heute meist mehrere Haushalte z.T. als Eigentümer, die häufig über 50 Jahre alt sind. Die Mehrheit wohnt dort als Mieter. Unter ihnen sind alle Altersgruppen vertreten. Die Haushalte setzen sich in unterschiedlichster Personenkonstellation zusammen: Von der klassischen Familie mit zwei Generationen plus 3. Generation im Haus, bis zu Einpersonenhaushalten und Wohngemeinschaften. Von der Haushaltsstruktur ähneln sie dem Bevölkerungsdurchschnitt einer Großstadt. Das gilt auch für die Eigentümerstruktur Bremens mit seinem relativ zu anderen deutschen Großstädten hohem Eigentümeranteil.

25 Zusätzlich gibt es dort eine für Bremen zentrale Institution der Zivilgesellschaft: Das Kultur-, Kommunikations- und Bildungszentrum für Frauen e.V. „Belladonna“. Es ist hervorgegangen aus der Frauenbewegung der 1980er Jahre. Neben der überregional vernetzten Förderung wissenschaftlicher Arbeiten bieten die Mitarbeiterinnen Vorträge, Seminare, Ausstellungen, organisieren Bildungsurlaube und begleiten Existenzgründerinnen besonders erfolgreich in die Selbständigkeit. Ihr Publikum und ihre Teilnehmerinnen sind ganz überwiegend wenn
30 auch nicht ausschließlich Frauen.

Die Sonnenstraße ist nur neun Häuser kurz. Sie ist verkehrstechnisch eine Sackgasse mit einem Wendehammer. Der ist aber so groß, dass darauf zwei große Platanen stehen und unter ihnen 18 Pkw Parkplätze Platz haben. Um sie herum stehen gedrängt – wegen der
35 allgemeinen Parkplatznot in Innenstädten - meist noch einige andere Autos. In dem spitzen Winkel an der Nordseite der Sonnenstraße liegen eingezäunte Hinterhöfe der Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe und eine Tiefgarageneinfahrt.

Die Sonnenstraße wird umgeben von der Wohnsammelstraße Am Dobben und der vierspürigen Durchgangsstraße Eduard-Grunow Straße / Erich Glässel Straße. Diese beiden bilden zusammen mit der Sonnenstraße ein Dreieck. Die Durchgangsstraße Eduard-Grunow Straße / Erich Glässel Straße stellt einen der gewaltsamen Verkehrsdurchbrüche durch alte Baustruktur der Nachkriegszeit dar, als man die alten Städte versuchte, autogerecht umzugestalten. Die Sonnenstraße wird aber von diesen verkehrsbelasteten Straßen abgeschirmt durch Hochhäuser, die an den anderen beiden Straßen des Straßendreiecks stehen. In den Obergeschossen der Hochhäuser liegen Mietwohnungen, in den Erdgeschossen meist Geschäfte, Dienstleistungsbetriebe oder Restaurants. Diese Häuser sind bis zu zehn Geschosse hoch. Ihre Hauseingänge liegen nicht auf der Sonnenstraße. Dorthin schauen aber die Balkone ihrer Wohnungen. Die liegen damit auf der Südost- bzw. Südwestseiten der Häuser und damit optimal für ihre Nutzung. Von dort blicken die Bewohner auf den Platz der Sonnenstraße. Die Schlaf- und Wohnzimmer dieser Wohnungen liegen häufig auch in der Richtung. In diesen hohen Mietshäusern wohnen natürlich die meisten Menschen in dem Gebiet. Für sie ist eine angenehme Situation in der Sonnenstraße demnach auch wichtig. Nicht nur was das Aussehen anbelangt, sondern auch weil in der Sackgasse Sonnenstraße der Verkehr geringer ist. Dadurch kann die nächtliche Ruhe größer sein und es gibt eher die Möglichkeit von Kindern, sich dort aufzuhalten. Auf den stark befahrenen Straßen vor ihren Haustüren gibt es für Kinder kaum Möglichkeiten sich aufzuhalten oder zu spielen. Südlich und
55 östlich der Sonnenstraße setzt sich die traditionelle Bremer Hausstruktur der Reihenhäuser um einen meist grünen Blockbinnenbereich fort.

5 Dieser Innenstadtbereich ist wie viele immer wieder von Änderungen seines Umfeldes betroffen, die nicht von den Bewohnern ausgehen. Aber auch die Bewohner und Eigentümer möchten Veränderungen herbeiführen und wenden sich dabei an die Behörden und auch an ihren Beirat.

10 Ausgehend von der aktuellen Änderung im Umfeld wird der Prozess des Funktionierens der lokalen Demokratie und das Mitwirken der betroffenen Bewohner beleuchtet.

Der aktuelle Fall: Asylbewerberheim als Gradmesser der durch Ortsamt und Beirat organisierten Bürgerbeteiligung

15 Der aktuelle Fall ist die Anmietung des Gebäudes, das die Adresse Eduard Grunow Straße 10 hat, durch den Sozialsenator, um dort Asylbewerber in einem Heim unterzubringen. Die Haustür dieses ehemaligen „Haus des Sports“ weist auf die Eduard Grunow Straße. Dessen Rückseite aber zur Sonnenstraße. In dem Gebäude saß lange Jahre die Verwaltung des Landessportbundes und wurde Haus des Sports genannt. In ihm gab es neben den Büros viele Besprechungsräume und auch mindestens einen größeren Versammlungssaal. Die Besprechungs- und Versammlungsräume konnten auch privat gemietet werden. Im Versammlungssaal fanden häufig größere private Feiern statt, immer wieder auch von Großfamilien mit nicht ursprünglich deutscher Kulturtradition. Der damit verbundene Autoverkehr / Parkplatzsuchverkehr, die lauten Begrüßungs- und Verabschiedungszeremonien, die lauten Geräusche der Musik usw., die alle in Richtung Sonnenstraße ausstrahlten, stellten kein Thema unter den Nachbarn dar.

25 Nachdem der Landessportbund das Gebäude aufgegeben hatte, wurde bekannt, dass es zu einem Jugendhotel umgebaut werden sollte. Laut Beirätegesetz ist dazu der Beirat vom zuständigen Bausenator anzuhören. Und man darf davon ausgehen, dass er auch angehört worden ist. Das bedeutete, dass es ein Hotel mit billigen Übernachtungsmöglichkeiten ohne Gastronomie werden sollte. Umbauten in dem Sinne zogen sich seit Langem hin.

30 Im April 2012 verkündete die rot-grüne Koalition in Bremen, dass Asylbewerberheime ganz abgeschafft werden sollten. Und, so lange das Bundesgesetz eine solche Unterbringung vorsähe, man den Aufenthalt der Asylsuchenden in solchen Heimen so kurz wie möglich halten wolle. Man wolle auch im Bundesrat darauf dringen, dass die Pflichtzeiten zur Heimunterbringung noch verkürzt würden, damit die Asylsuchenden noch schneller die sie belastende Heimsituation beenden und dezentral in Wohnungen ziehen könnten. Die taz – Nord, die dazu einen Artikel brachte, erntete dazu einige kritische Leserbriefe.

35 Am 5.11.12 erschien dann ein Artikel in der taz-Nord, dass diese Versuche der Dezentralisierung der Unterbringung gescheitert seien. Die Anträge auf Asyl seien bundesweit stark gestiegen. Bremen erhalte ein Kontingent entsprechend seines Anteils an der Bundesbevölkerung zugewiesen. Dieses Kontingent an Flüchtlingen solle im Gegenteil in einem neuen Asylbewerberheim untergebracht werden. Das Haus dafür sei auch schon ausgeguckt, es sei das Haus in der Eduard-Grunow Straße 10. Der Beirat Mitte habe schon Zustimmung signalisiert und werde das formal schon am 19.11.2012 auf der dann anstehenden Beiratssitzung beschließen. Der Beiratssprecher Rüppel von den Grünen sagte der taz, dass sich da alle Fraktionen im Beirat einig seien. Das heißt, dass die Beiratsmitglieder seit einiger Zeit von dem Plan der Sozialbehörde wussten. Sie haben demnach darüber untereinander gesprochen. Sie haben sich eine Meinung gebildet, ohne auch nur einen der Anwohner anzusprechen. Das Ortsamt, das formal diese Aufgabe hat, ebenso wenig. Die Anwohner erfuhren erst aus dem besagten Artikel der taz-Nord davon. Das kann kaum aus zufälligem Versäumnis von Ortsamt oder Beiräten passiert sein. Das war allem Anschein nach Absicht. Denn es gibt einige auch persönliche Beziehungen zwischen Beiratsmitgliedern und Nachbarn des ehemaligen Hauses des Sports. Auch nachdem dieses Vorhaben der Verwaltung durch mehrere Artikel der Lokalpresse bekannt geworden war, sprach kein Beiratsmitglied mit seinen Bekannten oder Freunden in dem Bereich. Auch auf Anrufe hin mit Bitte um Rückruf reagierten sie nicht. Auch der Ortsamtleiter entzog sich in der Sache jeglicher Ansprache,

5 wie den Bekundungen einiger Nachbarn zu entnehmen war. Schon gar nicht wurde er selbst oder sein Amt in der Richtung aktiv – offensichtlich aber in anderer Richtung: Isolierung und Ausgrenzung der Anwohner.

Die Form der Bürgerbeteiligung

10 Die Beiratssitzung am 19.11.2012 wurde vom Ortsamt in ein ehemaliges kleines Theater verlegt mit dem einzigen Tagesordnungspunkt dieses Asylbewerberheimes. Der Ortsamtsleiter hat Regie geführt.

- Zunächst ließ er den zuständigen Abteilungsleiter und Referenten des Sozialressorts die Sachlage aus seiner Sicht darstellen.
- Dann ließ er das Publikum reden – ziemlich ausführlich, aber doch willkürlich aus jeder Reihe zwei. Darunter auch ein Sprecher aus der Sonnenstraße, der eine vorbereitete Erklärung abgab.
- Dann fasste er die Beiträge der Redner nach seiner Auffassung und Auswahl zusammen.
- Dann las jeder Beirat eine offensichtlich vorbereitete persönliche Erklärung oder ein Statement vom Blatt ab. Dabei spreizten sich die SPD Beiratsmitglieder besonders, indem sie betonten, sie übernähmen die Verantwortung. Da sie ja nun gar nichts an Verpflichtungen übernehmen, hieß das nur vom Politdeutsch ins Alltagsdeutsch übersetzt: Wir entscheiden über Eure Köpfe hinweg, Ihr habt gar nichts zu sagen.
- Dann wurde über eine vorbereitete Beschlussvorlage abgestimmt, die gegen die beiden Stimmen der CDU angenommen wurde. (Die CDU wollte aber nur mehr Zeit zum Verhandeln). Der Ansiedlung wie vom Sozialressort geplant wurde ohne jegliche Bedingungen zugestimmt. In die Beschlussvorlage wurden die unverbindlichen Wünsche der Anwohner aufgenommen.
- Dann gaben noch andere Personen allgemeine Erklärungen ab, wie z.B. der Staatsrat von der Sozialsenatorin.

30 An der öffentlichen Beiratssitzung nahmen ungewöhnlich viele Personen teil – das wusste das organisierende Ortsamt offensichtlich im Vorhinein, denn sonst finden die Beiratssitzungen im Ortsamt statt, in dem nicht ein Bruchteil der dieses Mal zusammen geströmten Menge sich einfindet. Dies war also nicht nur geplant sondern auch organisiert worden. Ge-

35 kommen waren, wie sich aus den Stellungnahmen entnehmen ließen:

- Ein paar Anwohner aus der Sonnenstraße und angrenzender Straßen,
 - Sehr viele junge Leute, die in Gruppen – also offensichtlich nach gegenseitiger Verabredung – gekommen waren. Von denen sieht man sonst selten viele auf den Beiratssitzungen. Sie wurden von anderen gelegentlich als „Autonome“ bezeichnet. Ich bezeichne sie hier einmal als „junge Idealisten“, weil sie eine einheitliche Richtung der Stellungnahmen abgaben.
 - Eine Reihe von Funktionären von Ausländervereinen, deren Vereine wesentlich von öffentlicher Hilfe leben.
 - Und vorne und verteilt saßen die Behördenvertreter bis einschließlich der Staatsrat vom Sozialressort.
- 45
- Die vom Sozialressort vorgebrachten Gründe waren:
 - Die Zahl der Asylbewerber seit 2009 habe stark zugenommen und es gebe nicht genügend Plätze in Übergangwohnheimen.
 - 50 ➤ Der Wohnungsmarkt gebe nicht genügend und geeignete Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen her, damit die anderen Asylbewerber, die schon länger in Sammelunterkünften lebten, zügig in Wohnungen umziehen könnten.
 - Ein zentraler Standort für Flüchtlinge sei gerade richtig, weil sie – wenn sie schon nicht arbeiten dürften – sonst wenigstens am quirligen Leben der Innenstadt teilhaben können sollten.
- 55

- 5
- Selbstverständlich suche man auch in Stadtteilen wie Horn und Schwachhausen nach Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber, man fände aber keine.
 - Das Haus werde dem Ressort nur unter den genannten Bedingungen: 13 €/m²/Monat und für zehn Jahre feste Anmietung und mit kurzer Bedenkzeit angeboten. Da müsse das Ressort sich schnell entscheiden.
- 10
- Das Haus sei besser als andere Übergangwohnheime in der Stadt.
- 15
- Die Beiräte akzeptierten weitgehend diese Argumente. Außer zum Mietpreis und zur Mietdauer gab es keine kritischen Bemerkungen. Die Beiräte, die zu Parteien der Regierungskoalition gehörten, akzeptierten auch diese Bedingungen ausdrücklich. Wenn sie unter Entscheidungsdruck gesetzt würden, dann würden sie auch schnell entscheiden, so lobten sie sich selbst und gaben den Behörden entsprechend freie Hand für Tischvorlagen. Eine organisierte Bürgerbeteiligung ist in solchen Fällen gar nicht möglich. Nur die CDU-Vertreter wiesen darauf hin, dass sie vom Angebot eines Hauses gehört hätten, das pro m² halb so viel kosten solle. Auch das brachte die offensichtliche Absprache nicht ins Wanken. Es war ja ein Einwand von der Oppositionsfraktion in der Stadtbürgerschaft.
- 20
- Einige Anwohner hatten eine Stellungnahme in Form einer Beschlussvorlage⁵ des Beirates verfasst. Mit diesem Beschluss handelten die betroffenen Anwohner nach der Vorstellung, dass die Beiräte die Gesichtspunkte der betroffenen Bevölkerung in das Verwaltungshandeln einbringen würden. In diesem Beschlussvorschlag bekannten sie sich
- 25
- einerseits zum Recht auf Asyl und bekundeten die Bereitschaft, auch in ihrem Bereich Asylsuchende unterzubringen.
 - Andererseits gingen sie auf die Eignung des Hauses und des Standortes für die Flüchtlinge ein. Die Preise, die Dauer und die Umgebung seien weder verträglich für die Stadt noch für die Heiminsassen. Eine sehr aufwändige Auswahl der Eingewiesenen als auch deren Betreuung unter den Umständen müssten dem entsprechend gestaltet werden. Würde das nicht vom Sozialressort gewährleistet, solle der Beirat ablehnen, weil die von der Politik und dem Ressort selbst aufgestellten Maßstäbe dann nicht erfüllbar seien – und im Übrigen die Stadt auch von den Preisen her erpressbar
- 30
- wäre und die Mietpreise verderbe.
 - Einer wies darauf hin, dass es offensichtlich Alternativen gäbe, die gar nicht geprüft worden seien. Die Stadt habe erhebliche Möglichkeiten in der Wohnungsbelegungspolitik. Es gäbe den beschworenen anonymen Wohnungsmarkt so in Bremen in großen Teilen gar nicht.
- 35
- 40
- Die Vertreter der Ausländervereine wiesen auf ihre große Integrationsleistung der vergangenen Jahre hin. So lud ein Vertreter eines Kurdenvereins weitere Kurden ein – ohne zu wissen, ob Kurden als Asylbewerber kämen. Die Vertreter der Ausländervereine wehrten sich gegen die Ängste und Unterstellung, Ausländer seien Kriminelle, obwohl das niemand auf der Beiratssitzung vorgebracht hatte.
- 45
- Die jungen Idealisten ironisierten nur die Besorgnis der Anwohner zu Gunsten der Asylbewerber. Dies seien nur Vorwände der spießig gewordenen, sich liberal dünkender, saturierter Bürger, die in ihrer Ruhe nicht gestört werden wollten. Jetzt sollten sie mal ihren Sprüchen Taten folgen lassen. Ansonsten lauerten sie darauf, irgendeinen falschen Zungenschlag zu hören, um ihn als rassistisch zu diffamieren. Sie forderten vom Staat, das Asylbewerberheim ohne Rücksicht auf Bedenken zu verwirklichen.
- 50

Zu den Argumenten

Keine der von der Behörde vorgetragenen Argumente stimmen.

⁵ Siehe Anhang 1

- 5
- Wie wenig der ausgewählte Standort des künftigen Asylbewerberheimes für die Asylbewerber passend ist, das haben Anwohner in der von ihnen vorgelegten Beschlussvorlage ja deutlich gemacht. Dass die zur beruflichen Untätigkeit verpflichteten Asylbewerber nicht einmal richtige Küchen bekommen, in denen sie sich wenigstens ihrem Geschmack gemäße Speisen kochen können, sollte noch hinzugefügt werden.⁶
- 10
- Die scheinbar so stark angestiegenen Zahlen von Antragstellern auf Asyl sind im langjährigen Durchschnitt immer noch sehr wenige. Die vorgelegte Statistik war kurz und setzte mit dem Jahr der niedrigsten Bewerberzahlen ein. Davor gab es aber z.T. dramatisch viel mehr Asylbewerber und andere, die die Stadt und ihre Sozialbehörde vorläufig unterbringen musste und auch untergebracht hat. Da es immer wieder Krisen und Kriege in der
- 15
- Welt gibt, muss sich die Stadt darauf vorbereiten, und entsprechende Kapazitäten vorhalten. Es müssen ja nicht immer solche Höhepunkte sein, wie Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre, als gleichzeitig mit Asylbewerbern auch viele Aussiedler kamen. Damals gab es unhaltbare Zustände. Aber es wurden auch erhebliche Kapazitäten zur Unterbringung aufgebaut. Davon wurden nur die sogenannten „Kampa“ Häuser an der H. H. Meier Allee erwähnt, die wieder für den Zweck in Gebrauch genommen werden sollten. Aber die reichten nicht. Wo sind all die anderen Kapazitäten von damals geblieben? Jede Verwaltung von Infrastruktur weiß doch, dass sie die nicht nach den niedrigsten Anforderungen ausrichten darf. Beim Salz für den Winter-Straßendienst darf die Straßenbehörde ja nicht auf null Bevorratung gehen, weil es in Bremen auch mal Winter ohne
- 20
- Schnee und Glatteis gibt. Beim Verkehr darf sie nicht auf eine Belastung zwischen zwei und vier Uhr nachts hin planen. Bei der Krankenhausplanung muss auch mit Massenunfällen und Epidemien gerechnet werden und nicht nur mit dem Aufkommen in den Sommerferienmonaten. Man weiß auch, dass es in der Welt immer wieder Krisen und Kriege
- 25
- gibt, die zu erhöhten Flüchtlingsströmen führen. Eine friedliche, ruhige, demokratische und rechtsstaatliche Welt ohne Krisen gibt es nur ganz selten. Die Asylbewerber-Abwehrpolitik der EU und Deutschlands, die die Abwehrlinie an die süd- und osteuropäischen Staaten delegierte, konnte nicht auf ewig funktionieren. Also muss ein Land und Stadt in Zeiten sehr geringen Flüchtlingsaufkommens auch gewisse Leerkapazitäten bereit halten. Wir haben ja auch während des Kalten Krieges jahrzehntelang Bunker vorgehalten, ohne sie akut zu brauchen. Die Sozialsenatorin Anja Stahmann sagte das auch in einem Gespräch mit dem Weser Kurier am 7.12.2012 S. 9 mit anderen Worten.
- 30
- Wenn man aber die Kapazitäten je nach akutem Bedarf auf- und wieder abbaut, wieso wird dann ein Asylbewerberheim gleich auf zehn Jahre angemietet? In dem Zeitungs-
- 35
- gespräch von Senatorin Stahmann wurde mit kurzfristiger rein – und raus Reaktionen auch die nur kurzfristige Einbeziehung eines leer stehenden Schulgebäudes in Schwachhausen begründet. Sie sagte, dass es für die Unterbringung von Asylbewerbern hergerichtet werden solle, ohne zu wissen, ob es dann auch wirklich genutzt werde. Das Schulgelände solle ohnehin bald von Investoren privat für eine lukrative Nutzung entwickelt werden. Ich habe den Eindruck, der Name wurde nur genannt, damit dokumentiert ist, es werde auch in Schwachhausen nach Unterbringungsmöglichkeiten gesucht. Also reines Alibi für die sonstige Aussparung der besseren Ortsteile von solchen Vorgängen.
- 40
- Gegenwärtig kommen vermehrt Asylbewerber aus südosteuropäischen Ländern. Sie
- 45
- kommen im Herbst, weil sie in ihren Ländern keine winterfesten Unterkünfte haben und diskriminiert werden. Sie haben keine Chance als politische Flüchtlinge anerkannt zu werden. Sie verhalten sich ähnlich wie vor Jahrzehnte Obdachlose, die im Herbst einen
- 50

⁶ Bremen weiß seit Jahrhunderten wie kleine Küchen, die sich mehrere Familien teilen müssen, zu Konflikten führen. Die Bremer Häuser, in denen üblicher Weise mehrere Familien wohnten, die aber nur für eine Familie gebaut waren, gab es damals nur im Souterrain eine Küche, die sich die Familien des Hauses teilen mussten (anders als bei den Mietskasernen in den anderen deutschen Großstädten des Kaiserreiches). Das führte zu der Auffälligkeit in der Kriminalstatistik, dass in Bremen es pro Kopf acht Mal so viele Hausfriedensbruchfälle gab als in anderen Großstädten des Reiches. Wer Wohnungsgemeinschaftserfahrung hat, weiß auch, dass über den Küchendienst die meisten Konflikte ausbrechen.

- 5 Einbruch tätigten und sich bewusst dabei erwischen ließen, um ins Gefängnis gesteckt zu werden. Dort hatten sie dann wenigstens trockene, leidlich warme Unterkunft, Verpflegung und ärztliche Versorgung bei akuten Notfällen. Wie sieht die Planung aus, wenn die Asylbewerber im Frühjahr wieder freiwillig in ihre Länder zurückkehren?
- 10 • Der Wohnungsmarkt ist kein anonymer Markt mit nur selbständig und ablehnend agierenden Eigentümern. Die aus dem linken Spektrum der Parteien regierte Stadt hat ihre große Wohnungsbaugesellschaft Gewoba ausdrücklich deswegen nicht verkauft, um die Möglichkeit, Wohnungspolitik zu betreiben, nicht an Heuschrecken aus der Hand zu geben. Allein die Gewoba verwaltet ca. 40.000 Wohnungen. Da werden jeden Monat 167
- 15 Wohnungen frei⁷. Die Stadt ist indirekt Eigentümerin der Wohnungen. Unterstellt sie sich selber, ausländerfeindlich und diskriminierend zu vermieten? Die Sozialbehörde hat mit der Gewoba wie auch mit anderen Großen Wohnungsbaugesellschaften Verträge zur Unterbringung von Wohnungsnotstandsfällen abgeschlossen⁸. Trotz des behaupteten Notstandes durch neue Asylbewerber und solche, die schon Jahre lang in Heimen anderswo im Lande untergebracht sind, verkauft die Gewoba ständig Mietwohnungen aus ihrem Bestand, privatisiert sie also – wenn auch nicht „en block“ an Heuschrecken – und entzieht sie so dem Zugriff der Stadt für ihre Wohnungspolitik. Jetzt will die Stadt die Gewinne mit der Gewoba maximieren, um dadurch den Offshore - Windpark-Hafen in Bremerhaven zu finanzieren. Ist das die soziale Wohnungspolitik, die Bremen mit dem Besitz
- 20 der Gewoba fortführen will? (Diese Frage wurde auch auf der Einwohnerversammlung mehrfach gestellt und systematisch von den Offiziellen überhört. Der Ortsamtsleiter in seiner eigenwilligen Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge verschwieg diese Frage auch. Mit einem Zwischenruf darauf aufmerksam gemacht, wischte er sie unwillig mit einer Handbewegung weg. Es gab ja nun niemanden mehr, der die Kompetenz und jenseits der Kompetenz die Kraft hatte, auf der Beantwortung der Frage zu bestehen.) Senatorin Stahmann bestätigt in ihrem Gespräch mit dem WK, dass die Wohnungen der Gewoba und der anderen ehemals sozialen Wohnungsgesellschaften eine Option für die Unterbringung der Asylbewerber seien. Seit Monaten würden Gespräche geführt, die auch zu Ergebnissen geführt hätten: Zusätzliche Leistungen der Stadt aus dem Steuer-
- 25 säckel und speziell des Sozialsenators an die Gewoba, die dann von ihr in die Hafeninfrastruktur fließen soll – oder wie ist das zu verstehen?
- Es stimmt auch nicht, dass sich private Wohnungsanbieter nicht gemeldet hätten. Der Autor, der auch in der Nachbarschaft zu dem neuen Heim wohnt, ist selbst, bevor diese
- 30 Planung bekannt wurde, dem Aufruf des Sozialsenators gefolgt und hat eine kleine Wohnung für Asylbewerber angeboten. Er wurde an die AWO verwiesen. Die sagte, dass ihr die zu teuer sei, obwohl sie wenig mehr als die Hälfte der Quadratmetermiete kosten sollte, die jetzt für das Asylbewerberheim ausgegeben werden sollen. Und das Angebot enthielt nicht die zusätzlichen Forderungen, die der Haus- und Grundbesitzerverein als Kriterien / Bedingungen für ein „Bündnis für Wohnen“ am 8.10.2012 bei einem Gespräch mit
- 35 Bürgermeister Böhrnsen und Bausenator Dr. Lohse gestellt hat⁹.
- Die Stadt besitzt überdies viele Flächen und Immobilien, die sie nicht los wird. Dafür hat sie eine Zwischennutzungsagentur eingerichtet, um sie mietfrei an Interessenten zur
- 40 Nutzung zu geben. Die haben dann nur noch die laufenden Betriebskosten zu tragen. Dies ist eine sehr flexible und für die Stadt, wenn sie die Gebäude denn für eigene Zwecke nutzt, eine sehr billige Reserve. Der Beirat hat anscheinend nicht nachgefragt, ob nicht dort Möglichkeiten vorhanden seien oder mit den für die Miete auszugebenden Gel-
- 45
- 50

⁷ Bei einer Umzugsrate von nur 5% pro Jahr. Insgesamt liegen die Umzugsraten einschließlich der durch Tot frei werdenden Wohnungen im Wohnungsmarkt viel höher. Danach würden auch viel mehr Wohnungen bei der Gewoba frei. Allerdings gehören ihr auch nicht mehr alle Wohnungen, die sie verwaltet, da sie so viele in Eigentumswohnungen umgewandelt hat und für die Gebäude nur noch als Verwalterin tätig ist.

⁸ Siehe Anhang 2, der Abdruck eines Artikels des Weser-Kuriers, der erst nach der Niederschrift dieses Beitrages erschien und diese Aussage in einigen Facetten beleuchtet.

⁹ laut der Zeitschrift „Haus und Grund“ Heft 12/2012 S 10

- 5 dern geschaffen werden könnten. Senatorin Stahmann hat nun im Nahhinein damit angefangen, auch in dem Bestand suchen zu lassen – wie aus dem Gespräch mit ihr hervorgeht. Aber vor der Abmachung mit dem Ortsamt und den Beiräten geschah das offensichtlich nicht. Die Beiräte haben auch selbst nicht gefragt. Im Übrigen wäre es ja auch nicht menschenfeindlich, wenn die sonst zur Untätigkeit verdammten Asylbewerber bei
- 10 der Herrichtung ihrer Unterkünfte mit helfen würden. Auch Mietern von Sozialwohnungen ist schon angeboten worden, die Gemeinschaftsräume in ihren Häusern in kollektiver Selbsthilfe zu renovieren. Dafür bekamen sie die Materialien und Werkzeuge gestellt. Das haben sie durchaus angenommen. Das könnte alles die Kosten massiv senken.
- 15 • Zentrale Standorte seien segensreich für die Asylbewerber wird behauptet. In der City sind aber gerade die teuren Freizeitangebote und Läden konzentriert. Den Asylbewerbern steht aber nur Sozialhilfe zu, die z.T. in Sachleistungen ausgezahlt wird. Sie dürfen auch nicht arbeiten und kein Geld verdienen. Danach können sie ihre erzwungene Freizeit gar nicht in der Innenstadt vertreiben und ihren Frust kompensieren. Bzw. die teuren Angebote der Freizeitindustrie und der Einzelhandelsangebote erhöht nur ihre Frustrationen. Auch das MdBB (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) und Sprecherin der SPD Fraktion für Ausländerfragen, Frau Tuchel, begrüßte diese zentrale Unterbringung von
- 20 Asylbewerbern auf einer Tagung der Friedrich Ebert Stiftung am 1.12.12 begeistert. Bei den Einkommensverhältnissen der Asylbewerber erscheinen diese Vorstellungen kurios wenn nicht zynisch.
- 25 Die für die Asylbewerber aber entscheidende zentrale Stelle in der Stadt ist das Ausländeramt. Das liegt zusammen mit der Verwaltung der Kfz-Zulassungsstelle in einem Gebäudekomplex an der Steubenstraße, wo alle sonstigen InteressentInnen mit dem Auto hin- und vorfahren. Das Amt ist für die Bremer Verhältnisse schlecht in das öffentliche Nahverkehrsnetz eingebunden. Von anderen Stadtteilen dorthin mit Bahn und Bus zu kommen, ist sehr langwierig. Wer Stadt- und Verkehrspläne nicht hat und besonders in fremder Sprache nicht lesen kann, für den ist das ein Irrgarten, bis er den Weg dorthin findet. Da die Ausländer wegen der langen Wartezeiten im Ausländeramt sich häufig dort
- 30 sehr früh morgens anstellen müssen, sind sie auch noch auf die Verkehrszeiten angewiesen, in denen es häufig noch dunkel ist und der öffentliche Nahverkehr noch selten fährt. Für die meisten ist der Weg dorthin dann auch noch mit Umsteigen verbunden, wo man sich wieder zurechtfinden muss. Wenn man mit der Linie 1 kommt, dann muss man von der Haltestelle durch zwei lange schlecht beleuchtete Eisenbahn-Unterführungen in einem abweisenden Gewerbegebiet zum Ausländeramt gehen. Das sind typische Angsträume in der Stadt. Und den Weg müssen dann z.T. verfolgte und diskriminierte Ausländer gehen, die ja meist von Verhaltensunsicherheiten geprägt und von Ängsten auch vor der Staatsmacht umgetrieben sind. Sie können das Verhalten der ihnen begegnenden Personen nicht einschätzen. Aber das Ausländeramt in die Innenstadt zu verlegen, das lehnte Frau Tuchel ab, obwohl es so viele nicht bzw. untergenutzte auch Büro-Immobilien der Stadt dort gibt¹⁰.
- 35 Nein, es geht den Politikern nicht um eine gute Lage für die Asylbewerber. Für die Asylbewerber ist eine leichte Kommunikation mit ihren Herkunftsländern meist besonders wichtig. Dort müssen sie immer wieder Dokumente anfordern. Dort haben sie meist noch Verwandte usw. Also wäre ihr wichtigste Kommunikationsmittel eine Skype-Telefonie.
- 40 Die ist aber an einen Computer gebunden. Dieses zentrale Instrument wird aber in den Asylbewerberheimen nicht vorgesehen.
- 45 • Es gäbe in den von den Wohlhabenden bevorzugten Stadtteilen keine Wohnungsangebote:
- 50 Immer wieder wird betont, dass auch in den nordöstlichen Stadt- und Ortsteilen wie
- 55

¹⁰ Man muss wissen, dass die Wirtschaftskraft Bremens so schwach ist, dass Bremen immer wieder Grundstücke in der City an Interessenten verschenkt, damit überhaupt etwas passiert. Ausschreibungen für Nutzung von Flächen bleiben häufig ohne Resonanz. Die Stadt subventioniert immer wieder privatwirtschaftliche Aktivitäten dort. Trotzdem gibt es erhebliche Leerstände. Bürohäuser werden zu 11 €/m² Miete in der City privatwirtschaftlich angeboten.

- 5 Schwachhausen, Horn, Oberneuland, Borgfeld usw. Asylbewerber untergebracht werden sollten. Nur ach leider sei es dort einerseits zu teuer und es gäbe keine Angebote. Für 13 €/Monat plus Deponat kann man in Bremen in den besten Lagen Wohnungen mieten. So wird aktuell in den teuersten Ortsteilen Bremens wie Oberneuland kleine Wohnungen für 8,4 €/m² angeboten – und auch der genannte Durchschnittspreis neu vermieteter Wohnungen im 3. Quartal 2012 liegt dort bei 8,20 €/m² Miete je Monat. In Horn gibt es entsprechende Wohnungen schon für 6,41 €/m², in Schwachhausen für 9,03 €/m²/Monat – alles kleine Wohnungen in zentraler Lage des Ortsteils mit Einbauküche, so dass die Asylbewerber dort auch kochen könnten¹¹.
- 10 Das Argument, man fände in den Ortsteilen nichts, ist aus früheren Tagen schon längst bekannt und wird immer wieder gerne vorgetragen. In der viel schärferen Wohnungsmarktsanspannung Anfang der 1990er Jahre, in der diese Prinzipien auch schon offiziell galten, wurde das Bedauern, sie nicht durchsetzen zu können, auch schon mit Krokodilstränen wortreich von offiziellen Stellen beklagt. Gleichzeitig wurden viele soziale Mietwohnungen aus dem Bestand der Bremischer Wohnungsunternehmen in Horn privatisiert und unter Marktpreis an Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes verkauft, auch an Mitarbeiter des Bausenators und der Abteilung des Sozialsenators, der hier vortragen ließ, es mangle bedauerlicher Weise an den entsprechenden Angeboten.
- 15
- 20
- Der Zeitdruck.
- 25 Jeder Marktteilnehmer hat die Erfahrung gemacht, dass potentielle Vertragspartner einen Zeitdruck aufbauen, um dem Gegenüber zu Entscheidungen zu veranlassen, ohne alle möglichen Alternativen geprüft zu haben. Darauf einzugehen, davor warnen alle unabhängigen Berater die Verbraucher. Auch in diesem Fall wird ein solcher Zeitdruck so vorgetragen und der Beirat lässt sich darauf ein.
- 30 Die Behörde hat die Situation verursacht oder nur vorgespiegelt, indem sie keine Kapazitäten vorhält oder behauptet, von keinen anderen zu wissen. Sie beginnt offiziell erst zu verhandeln und zu suchen, wenn sie unter Druck steht. Solche Situationen kann man natürlich auch willentlich herbeiführen, um dann mit sogenannten Sachzwängen zu argumentieren – man habe unter der Situation ja keine andere Wahl gehabt. Ob und was für Gespräche auf welchen Treffen wo vorher geführt sein mögen, das entzieht sich natürlich dem Betrachter von außen¹².
- 35 Aber der Anbieter des Hauses an der Eduard-Grunow-Straße würde mit Sicherheit noch warten, einen so hervorragenden Geschäftsabschluss zu bekommen. Was Besseres kann ihm doch gar nicht passieren: Zehn Jahre volle Vermietung zum fast Doppelten der örtlichen Vergleichsmiete, ohne irgendetwas zu tun. Hätte er ein Hotel daraus gemacht, so müsste er sich ständig um Gäste bemühen sowie darum, das Geld zu bekommen – und man weiß, dass eine Auslastung über 50% kaum hinzubekommen ist. Jetzt braucht er nicht mehr Ferien zu propagieren sondern kann ganzjährig in Ferien reisen – und das Geld kommt sicher in einer Höhe, die er in Bremen durch Hotelbetten-Vermietung nie und nimmer erwirtschaftet hätte. Es ist also völlig unglaublich, wenn er einen Termin setzt, bis wann der Vertrag unterschrieben sein müsste, danach stände er dafür nicht mehr zur Verfügung.
- 40
- 45
- Die junge Idealisten oder auch Ideologen. Sie brachten meiner Erinnerung nach gar keine Argumente vor. Sie verdächtigten jeden, der etwas Kritisches zu der Entscheidung der Verwaltung sagte, Ausländerfeind, Rassist oder / bzw. und alter verkappter Spießler zu sein. Jedenfalls zeichneten sie sich dadurch aus, dass sie sich mit keiner Tatsache aus der Wirklichkeit auseinandersetzten. Da ließen sie die Staatsverwaltung unkritisch ma-
- 50

¹¹ Alles aktuelle Angebote auf dem Immobilienportal Immobilienscout24 am 8.12.2012

¹² Nachtrag Mitte 2013. Wie dem auch immer gewesen sei. Es wurde behauptet, dass auf der Behörde ein großer Druck stehe, um möglichst noch im Dezember 2012 oder spätestens im Januar 2013 dieses neue Heim belegen zu können. Die Beiräte ließen sich ohne Prüfung der Aussagen darauf ein, obwohl ihnen die Anwohner hätten berichten können, dass monatelang an dem Gebäude nicht weiter gearbeitet worden ist. Auch im Februar 2013 ist das Gebäude noch nicht bezugsfertig und es wird erst jetzt (im Februar) daran wieder gebaut. Es soll nach neuesten Auskünften doch erst Ende März 2013 fertig werden.

- 5 chen. Sie vertrauten ihr unbesehen.
- Die Vertreter der Ausländervereine sagten nur, sie seien doch auch ein Beweis für die gelungene Integration. Man brauche sich doch vor ihnen nicht zu fürchten. Natürlich nicht.
- 10 Trotzdem ist das eine Verharmlosung, der man wegen political correctness natürlich nicht widersprechen darf.
- 15 Kriminalstatistiken aller Länder sprechen eine einheitliche Sprache: Junge sozial ungebundene Menschen und darunter meist Männer, die auch noch einerseits am unteren Teil eines steile Wohlstandsgefälles stehen und andererseits keine realistische Chance haben, durch legale Leistung hinauf zu steigen, begehen relativ häufiger Gesetzesverstöße als etablierte und ältere Menschen. Und es sind eben mehr junge Männer, die aufbrechen, um dem heimischen Elend zu entfliehen, oder wegen politischer Aktivitäten verfolgt werden und flüchten müssen. Das gilt natürlich genauso auch für Deutsche und für Deutschland. Gerade die Besucherinnen von Belladonna haben ja mit Discobesuchern –
- 20 also häufiger mal jungen Männern – schon ungute Erfahrungen gemacht. Und natürlich wäre es nur naiv anzunehmen, dass alle, die irgendwo Opfer geworden sind oder dem Elend ihrer Heimat entfliehen, gute Menschen seien und nichts Böses tun könnten. Selbstverständlich erhöhen sich die potentiellen Gefahren, wenn es eine Ansammlung von jungen, sozial nicht eingebundenen Männern gibt, die nichts zu tun und kein Geld und keine Perspektive haben und die mit Abschiebung rechnen müssen. Viel häufiger führen diese erbärmlichen Situationen als zu Kriminalität zu physischen und psychischen Krankheiten wie Depressionen. Hin und wieder aber eben auch zum Versuch, sich wenigstens Momente des materiellen Glücks, das sie umgibt, durch ungesetzliche Handlungen anzueignen. Und Bremen, wo die Polizei die Stadt zur deutschen Hochburg des Einbrechertums verkommen lässt, ist die Gefahr von Wohnungseinbrüchen ja ohnehin schon überproportional hoch. Natürlich werden ältere Menschen und Frauen, die als schwach angesehen werden, eher Opfer und fürchten sich davor. Frauen und Alte suchen ja auch heute schon sich ihre Wege und Ziele nach gefühlter Sicherheit aus. Die Angsträume, die sie meiden, ändern sich auch danach, wen sie auf dem Wege anzutreffen vermuten. Es hat keinen Sinn, jemanden, der sich vorm Hund fürchtet, zuzurufen, der beißt nicht. Einerseits beißt der ein oder andere Hund erfahrungsgemäß doch hin und wieder, was sein Herrchen dann gar nicht verstehen kann. Andererseits muss man aber auch nicht die Situation herbeiführen, in der generell gefährdete und furchtsame Personen auf eine Ansammlung von als potentielle Gefahr empfundene Situationen treffen.
- 40 Belladonna befürchtet jedenfalls einen Rückgang von Besucherinnen.

Vermutlich Korruption im Spiel

Nichts ist plausibel an den vorgebrachten Begründungen der Behörde. Die einzige plausible Erklärung wäre Korruption. Die halte ich für wahrscheinlich, kann sie aber nicht beweisen. Es bleibt also eine Vermutung.

- 45 Nun geht Korruption zwischen Politik und Wirtschaft heute häufig anders als in der kruden Form, dass Geldscheine unterm Tisch rüber gereicht, in Koffern übergeben oder auf versteckte Konten überwiesen werden. Den Tätigen in der Politik geht es um Posten und Macht, um deren Erwerb und Erhalt. Den in der Wirtschaft Tätigen geht es wesentlich um Geld. So ergeben sich heutige korrupte Strukturen, dass die Politiker den Unternehmen hohe Gewinne zuschanzen und die Unternehmer den Politikern helfen, ihre Machtpositionen zu erringen oder zu verteidigen. In Zeiten der (erzeugten) Knappheit öffentlicher Mittel geht das z.B. durch Spenden zur Verwirklichung von politischen Versprechen, die aus dem Staatshaushalt nicht finanziert werden können. Ein Politiker, der einen Spielplatz, Kita, verkehrsberuhigte Zone oder was auch immer propagiert und sie dann aus öffentlichen Haushalten nicht bezahlen kann, schenkt einem Unternehmen einen guten sicheren Verdienst für sein Kapital
- 55 zu. Im Gegenzug hilft eine hochwohllobliche Stiftung bei der Verwirklichung einer Einrichtung in dem Wahlbezirk des Politikers. In die Stiftung hat der begünstigte Unternehmer vielleicht

5 eine nette steuerbegünstigte Spende eingezahlt. Sowas geht natürlich auch im Ringtausch, damit keine persönliche Beziehung nachgewiesen werden kann.

Aber großzügige Spenden an Parteien und deren Bildungsorganisationen gelten ja in Deutschland nicht als Bestechung, wenn sie nicht ausdrücklich an bestimmte politische Handlungen gebunden werden.

10 Wenn man aber die Begünstigung und Bestrafung von öffentlichen Bediensteten auch gerade im Zusammenhang mit der Gewoba und anderen Bremischen Gesellschaften sieht, so kann man sich auch durchaus plumpere Formen der Korruption in dem Zusammenhang vorstellen.

Kriterien für eine integrative Unterbringung von Asylbewerbern

15 Was hätte man erwarten können, wenn es der Behörde, dem Ortsamt, dem Beirat und seinen Mitgliedern, den jungen Idealisten und den Ausländervereinen um ein gutes Leben und Zusammenleben der Asylbewerber mit der Nachbarschaft gegangen wäre und sie dabei und damit die Lebensverhältnisse der Menschen auch durch Vielfalt hätten verbessern wollen? Wenn die Beiräte und das Ortsamt sich wirklich als Vertreter der Bevölkerung des Stadtteils
20 verstanden hätte?

Abgesehen einmal von dem Festhalten und der rechtzeitigen Weitersuche nach Unterbringung in dem Bremen zugänglichen Bestand an Wohnungen und Gebäuden:

- Die Sozialbehörde hätte zunächst den „Träger“ der Maßnahme ausgesucht. Zusammen mit dem Ortsamt und dem Beirat hätten sie eine Teileinwohnerversammlung der Nachbarn einberufen. Auf ihr wäre der Wunsch geäußert worden, neue Bewohner in die Nachbarschaft aktiv mit einzubeziehen. Es wäre ausgelotet worden, ob und welche Bereitschaft für eine neues nachbarschaftliches Miteinander vorhanden ist und wie es gestaltet werden kann.
25 Die vom Träger benannte Sozialarbeiterin hätte dabei eine wesentliche Rolle gespielt. Sie hätte dargelegt, was sie mit den Asylbewerbern unternehmen kann und will, und wie die Nachbarn, die Zeit, Kraft und Willen dazu haben, dabei mehr oder weniger mitwirken könnten.
30 Dabei hätte sich ergeben, für wie viele und welcher Art von Mitbewohnern (Familien, Singles, Kinder ...) in besonderen Lebenslagen der Standort im Sinne einer Integration geeignet wäre. Wie man damit anfängt und dann feststellt, wie das ggf. weiter gehen kann.
- Die Beiräte wären ausgeschwärmt und hätten versucht, die Einzelnen, bei denen sie schon Vertrauen erworben haben, zu einer guten aktiven Zusammenarbeit zu bewegen und ihre tätige Hilfe dabei angeboten – denn sie wohnen ja selber in dem Stadtteil.
- Die jungen Idealisten hätten später zu verstehen gegeben, dass sie sich insbesondere für die jungen Asylsuchenden verantwortlich fühlen. Sie hätten z.B. angeboten, Asylbewerber in ihre Gruppierungen und zu ihren Veranstaltungen und Festen einzuladen. Diese jungen Idealisten hätten z.B. überlegt, Veranstaltungen zu organisieren, auch im Asylbewerberheim, um sich über die Lage in den Herkunftsländern informieren zu lassen. Sie hätten mit europäische Perspektive von unten längerfristige Beziehungen aufzubauen ins
40 Auge gefasst und sich dafür wechselseitig ihre Sprache beizubringen in Aussicht genommen usw. usf..
- Die Ausländervereine haben ja auch angeboten, dass die Asylsuchenden sie besuchen können. Das wäre besonders hilfreich, soweit damit nicht ein doppeltes Sprachproblem entstehen würde. Die inzwischen alteingesessenen Migranten hätten auch anbieten können, auf die Neuankömmlinge, mit denen sie sich verständigen können, aktiv zuzugehen. Sie in ihren Unterkünften aufzusuchen, um ihnen ihre eigenen Erfahrungen über die Wege und Probleme der Eingewöhnung in einer fremden Umgebung mitzuteilen und damit die Zeit der Verunsicherung zu verkürzen.
- Unter den Anwohnern haben sich von vorneherein einige bereit erklärt, an einer Willkommenskultur mit den neuen Nachbarn mitzuwirken.
55

5 Meine Bewertung der Vorgänge

- Nichts dergleichen ist geschehen. Die Anwohner wurden quasi überfallen. **Es gab eine Verschwörung des Beirates, des Ortsamtes, der Behörde und der Fellow Travellers gegen die Anwohner.** Es wurde alles ohne Beteiligung der Bevölkerung schon abgesprochen und ihr gegenüber möglichst lange stille geschwiegen und Fakten geschaffen. **Die Beiräte und dieses ganze System der lokalen Vertretung erweist sich als eine kleinteilige Herrschaftstechnik über die Bewohner und nicht als deren demokratisches Sprachrohr.**
- Die öffentliche Beiratssitzung hatte mehr den Charakter eines amtlichen Dienstgespräches, bei dem der Vorgesetzte dem Untergebenen die Beschlusslage verkündet und als liberale generöse Zugabe des Obrigkeitsstaates noch Verständnisfragen zulässt.
- Die jungen Idealisten lassen sich in das System der Staatsmacht gegen die Bevölkerung einspannen. Auch mit solcher Internetumfrage, wie sie letzthin in der Zeitung stand, und über die der Ortsamtsleiter so begeistert war, wird dieses ideologische aber unkonkrete politische Verhalten nicht geändert. Nur einige der Unterzeichner der Umfrage sollen Hilfe und Kontakt zu den Asylbewerbern angeboten haben. Also es geht doch. Nur die Stimmungsmache der jungen Ideologen zielte nicht darauf, so etwas zu organisieren, und die Begeisterung des Ortsamtsleiters bezog sich auch nicht darauf.
- Und die Vorstände der bezahlten Ausländervereine lassen sich natürlich auch einspannen.
- Mit der Einwohnerversammlung wurde eine Farce aufgeführt mit bestellten Claqueuren, die nur eine scheinbare Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung vorspiegelte. **Der Beirat gehört zur formalen Rechtfertigungsmaschinerie der ohnehin beschlossenen Entscheidungen.**
- Es wurde das altbewährte Herrschaftsmittel angewandt: Eine Gruppe, hier die Nachbarn, wird isoliert und ausgegrenzt¹³. Ihr werden eigennützige Motive zu Lasten der Allgemeinheit unterstellt. Alle vorgebrachten Argumente dienen sowieso nur ihren eigennützigen Motiven. Man braucht sich damit daher gar nicht auseinander zu setzen. Der Staat vertritt dagegen die Ideale der Gleichheit und Solidarität. Alle außer denen, die sich konkret mit dem Thema befassen, freuen sich, den Besserwissern es mal gezeigt zu haben und dass sie auch nur an sich dächten. Und es geschähe diesen Gutmenschen ganz Recht, mal die Suppe auszulöffeln, die sie sonst anderen einbrockten. Und die sich feixend mit freuen, ahnen noch gar nicht, dass sie das nächst Mal dran sein könnten und niemand auf sie hört, obwohl sie gute Argumente vorbringen. Bzw. sie freuen sich, weil es jetzt einmal die anderen erwischt und nicht wie bisher nur immer sie selbst. Auch hier wäre eigentlich an den Ausspruch des evangelischen Theologen Martin Niemöller zu erinnern:
- Als sie die ersten Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; denn ich war kein Kommunist. Als sie die ersten Juden holten, habe ich geschwiegen; denn ich war kein Jude. Als sie die ersten Katholiken holten, habe ich geschwiegen; denn ich war kein Katholik. Als sie mich holten, war niemand mehr da, der seine Stimme hätte erheben können.*
- Insbesondere die jungen Idealisten bewegen sich gerne nur auf der abgehobenen Ebene der Ideale und Ideologien. Mit der konkreten Wirklichkeit befassen sie sich erst gar nicht. Und sie merken dabei nicht, wie sie an der Nase herum geführt und instrumentalisiert werden. Jedenfalls agieren sie nicht eigenständig und autonom. Hoffentlich lassen sie sich nicht auch noch eines Tages wieder in einen Krieg für „hohe Ideale“ führen und dabei für ganz niedere Interessen instrumentalisieren.
- Die Beiräte agieren als die unteren Organe der Obrigkeit im Volk.** Sie werden dafür ggf. mit Posten im politischen Bereich belohnt. Umso mehr, je effektiver sie die Vorgaben von oben nach unten durchsetzen. Jüngstes Beispiel ist Ulrike Hiller, die auch ihre ersten Karriere Schritte im Beirat Mitte gemacht hat, wo sie besonders aggressiv die Senatspolitik nach

¹³ Und dabei spielte die taz-Nord mit ihrem Artikel vom 21.11.2012 als Richtungsprelle der Regierungskoalition mit.

5 unten vertrat. Sie erhält jetzt das Amt des Bremer Bevollmächtigten beim Bund übertragen. Das Bremer Klientelsystem funktioniert nach wie vor¹⁴.

Für einige reicht aber schon das mitmachen Dürfen, das Mit - Fingern, das scheinbare gefragt sein. Das Urteilen über andere. Dieses in Gremien umso geachteter sein, je mehr man mitmacht und instrumentelle Argumente ausheckt. Dafür gibt man dann gerne vertraute Beziehungen auf. Das Gefühl von Macht ist eine Droge, die in stärkerem Maße genossen nicht nur zum Verrat von Freunden sondern zu Mord und Totschlag selbst an der engsten Verwandtschaft führen kann.

Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff.

15 Vielleicht hilft aber die ganz unideologische einfache Humanität der Anwohner¹⁵, die sich verabredet haben, zusammen zu kommen, um zu überlegen, ob und ggf. wie sie die neuen Nachbarn freundlich willkommen heißen und sie ggf. unterstützen können.

Nachschlag

20 Die so weit gezogenen Schlussfolgerungen beruhen nicht nur auf diesem einmaligen Geschehnis, sondern sind nur die Bekräftigung einer wiederholten Erfahrung mit den Beiräten.

Wiederholungen:

• *Behörde agiert entgegen aller von der Politik verkündeter Prinzipien, Beirat setzt das gegen deutlich geäußerten Willen der Betroffenen um. Mitmacher im Beirat werden mit sicheren Posten belohnt:*

25 Während der großen Zuwanderungswelle Ende der 1980er Jahre, bei der bis zu 10.000 Einwohner neu sich in Bremen ansiedelten, sollte möglichst schnell und durch Innenverdichtung Wohnraum geschaffen werden. Der Autor wollte dafür früher bewohnten, seit Jahren leer stehenden Wohnraum im zweiten Obergeschoss seines Hauses wieder bewohnbar machen – natürlich nach modernen Wohnstandards der Wärme- und Schalldämmung und schon damals ausgeklügeltem System der Sonnenenergiegewinnung, wie das damals so noch gar nicht auf dem Markt angeboten wurde. Er passte seinen Entwurf auf die Fassade der Bremer Häuser an und sprach ihn mit dem Verein zur Pflege des Bremer Hauses und dem zuständigen Beamten für die Fassadengestaltung beim damaligen Bauordnungsamt ab. Das Bauvorhaben passte genau in den gültigen qualifizierten Bebauungsplan und erfüllte alle öffentlichen Ziele der damaligen Baupolitik und musste nach geltendem Recht genehmigt werden.

35 Dennoch wurde das Bauvorhaben abgeschossen – und zwar mit dem schärfsten Geschütz, das das obrigkeitsstaatliche Baurecht bietet: Rückstellung eines Baugesuches zwecks Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes – also rückwirkende Veränderung des Baurechtes. Die Verhaltensmuster der Obrigkeit und ihrer Bediensteten und Handlanger waren damals identisch mit den heutigen: Die Behörde, das Ortsamt und der Beirat strafen alle ihre Aussagen, nach denen sie entscheiden und sich verhalten wollten, Lügen. Sie sprachen nicht mit den Anwohnern, die Bekannten mieden den Kontakt und verheimlichten die Termine. Als sich die betroffenen Bewohner des Bebauungsplangebietes auf der öffentlichen Beiratssitzung und mit unterschriebenen Erklärungen geschlossen gegen den neuen Bebauungsplan aussprachen, empörten sich wieder die SPD-Mitglieder des Beirates, was den Bewohnern einfiel, so massiv eine Meinung zu äußern und von den Beiratsmitgliedern zu verlangen, diese zu vertreten. Das Aufstellen eines Bebauungsplanes sei ein hoheitlicher Akt, da hätten nur die gewählten Vertreter was zu sagen. Die Be-

¹⁴ Ein anderer Grund mag sein, dass Ulrike Hiller Ehefrau des SPD Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte ist. Aber das würde die Aussagen über die Bremer Verhältnisse ja nur bestätigen – siehe Einleitung zu dieser Homepage.

¹⁵ Die Anwohner sind nicht unpolitisch und einige sind oder waren auch eingebunden in das offizielle politische Getriebe Bremens. Dort mögen sie sich auch einordnen in die Hierarchien und das Beziehungsgeflecht, das in Bremen vorherrscht. Aber untereinander bemühen sich doch die meisten, nicht unter diesen politischen Kategorien – das bedeutet unter machttaktischen Gesichtspunkten der Begünstigung der eigenen Klientel und Benachteiligung des politischen Gegners – und unideologisch miteinander umzugehen.

- 5 völkerung sei zum Zuhören zugelassen. Anschließend ergatterte auch ein grünes Mitglied des Beirates, das auch noch umgefallen war, das bis dato eine schlecht bezahlte Stellung hatte, einen gut dotierten und sicheren Posten im Bauressort.
- 10 • *Initiativen der Bürger ignoriert der Beirat und das Ortsamt entgegen seinen eigenen Aussagen und selbst verkündeten Prinzipien:*
Die Baubehörde und der Beirat behaupteten, diese Bremer Häuser seien unter den rund 10.000, die es in Bremen gibt, ein besonderes Kleinod und Schmuckstück und man dürfe sie so wie vorgesehen nicht, sondern nur anders verändern. Wie, wurde im Bebauungsplan dann auch nicht gesagt, nur eben nicht so, wie der Bauantrag es vorsehe.
- 15 In der „Erhaltungssatzung“ wurden nur gerade solche Maßgaben hinein geschrieben, dass der Bauantrag abgelehnt werden konnte.
Wenn dieses Ensemble, das in Wirklichkeit durch die acht bis zehn geschossigen Häuser aus den 1970er Jahren dominiert wird, so toll ist, dann sollte man den Wendehammer der Sonnenstraße doch zu einem Platz mit angrenzenden Dachterrassen vor den Mietwohnungen Am Dobben weiter entwickeln – dachten sich die Anwohner. In Bremen gibt es ohnehin wenige Plätze zum Verweilen, und die Sonnenstraße hätte einer abseits der lauten Straßen aber direkt im Anschluss an die zentrale Einkaufsstraße für alle werden können. Die Anwohner ließen dann eine Planskizze zur Weiterentwicklung des Platzes entwerfen und reichten sie beim Ortsamt ein. Sie hatten damals schon die Idee in Richtung eines BID, Buisness Improovment Distrikts. Also eine Verbesserung der Umstände im Bereich, der durch die Anwohner selbst herbeigeführt wird. Ortsamt und Beirat sagten zu, sich damit zu befassen und dafür wieder auf die Anwohner zuzukommen. Das taten sie nie.
- 20
- 25
- 30 • *Wiederholung: Eingabe von Bürgern wird vom Ortsamt und Beirat nicht behandelt. Ortsamt und Beirat lassen Veränderungen des öffentlichen Raumes zu, die im Gegensatz zu den von ihm selbst vertretenen Maßstäben stehen. Sie informieren die betroffenen Bürger nicht sondern umgehen sie bewusst und verheimlichen es ihnen:*
Stattdessen veränderten sich andere Parameter: Die Ladenöffnungszeiten wurden frei gegeben. Der Supermarkt, dessen Eingang zur Straße Am Dobben weist, hat seine Anlieferung in der Sonnenstraße. Dieser Supermarkt hat seine Öffnungszeiten auf die Stunden von 7:00 bis 24:00 Uhr ausgedehnt. Nun versorgen sich die Alkis, die früher noch spät am Abend zu den Tankstellen pilgerten, in dem Supermarkt mit ihrem Stoff. Dies führt zu einem riesig wachsenden Berg von zurückgegebenem Leergut. Der private Abfallbereich des Supermarktes reichte zum Sammeln der Abfallmengen nicht mehr aus. Auf der Rückseite des Marktes gab es einen relativ breiten Bürgersteig. Der Pächter des Supermarktes ließ darauf riesige Container abstellen, um die Abfallmengen darin zu lagern. Zur Kühlung seiner Ware wurden am Gebäude mit abenteuerlich aussehenden Konstruktionen immer neue Kühlventilatoren angebracht, die auch in den öffentlichen Bereich ragten.
- 35
- 40
- 45 Die Anwohner, denen doch noch amtlich bescheinigt wurde, dass die Sonnenstraße ein zu erhaltendes Ensemble sei, sahen jetzt, dass ihre Straße zum Hinterhof verkommt. Sie machten eine Eingabe beim Beirat, die zu einer besseren Ordnung dieses Müllproblems führen sollte. Das Ortsamt und der Beirat sollen sich eigentlich mit Eingaben der Bürger beschäftigen. Das haben sie offiziell und unter Einbeziehung der Bürger und Anwohner jedenfalls über 2 ½ Jahre nicht getan.
- 50
- 55 • Aber während die Bürger auf Antwort warteten, und sich scheinbar nichts tat, haben das Ortsamt und der Beirat anscheinend einer Privatisierung und Nutzungsänderung der öffentlichen Fläche des Bürgersteiges zugestimmt. Jedenfalls wurde der Bürgersteig neuerdings abgepollert, und nur noch der Supermarkt kann den Zugang auf dem Bürgersteig, bis auf einen schmalen Streifen davor, kontrollieren. Dort stehen nun die riesigen Müllkontainer und mit lautem Getöse kommen die Lastwagen, die sie quietschend auf ihre Pritschen heben und ziehen. Natürlich hat wieder kein Beirat oder das Ortsamt auch

5 nur versucht, die Interessen der Anwohner zu erfragen oder gar die schriftlich geäußerten zu vertreten. So verkommt das bauliche „Kleinod“, das man doch mit schärfsten Maßnahmen behauptet, gegen die Bewohner schützen zu müssen, durch diese offiziellen Vertreter der lokalen Bevölkerung zum Hinterhof.

10 **Anhang 1:**

Wortlaut des vorgetragenen Textes von Anwohnern aus der Sonnenstraße:

„Antrag zum geplanten Asylheim in der Eduard-Grunow-Straße

15 *Die Forderungen von Anwohnern aus der Sonnenstraße sind in der folgenden Beschlussvorlage für den Beirat Mitte (zu seiner Sitzung am 19. 11. 2012) formuliert worden – für den Fall, dass er dem Asylheim zuzustimmen gedenkt.*

Beschlussvorlage:

20 *Der Stadtteilbeirat Mitte stimmt der Einrichtung eines vorläufigen Wohnheims für Asylbewerber im ehemaligen „Haus des Sports“ unter Bedingungen zu.*

Diese Zustimmung gilt erst als gegeben, wenn die Erfüllung der im Folgenden genannten Forderungen und Bedingungen von der zuständigen Behörde verbindlich (also schriftlich und öffentlich) zugesagt worden ist.

- 25 1. *Die Miete für das Objekt, darf die ortsübliche Miete von max. 7 € pro Quadratmeter nicht übersteigen.*
- 30 2. *Der Mietvertrag wird für die Dauer von höchstens 4 Jahren geschlossen.*
3. *Die Belegung des Hauses folgt einem Stufenplan. Das heißt, im ersten Jahr werden dort maximal 30 Bewohner aufgenommen. Dann wird das Projekt evaluiert und über die weitere Entwicklung entschieden. (siehe dazu Pkt. 8)*
- 35 4. *Die Belegung des Hauses muss in sozialverträglicher Weise erfolgen. Bei der Auswahl von Bewohnern müssen deren soziokulturelle Unterschiede berücksichtigt werden - auch um möglichen Konflikten zwischen ihnen vorzubeugen.*
5. *Das Heim muss rund um die Uhr betreut werden. Heimleitung und Hausmeister müssen im Haus wohnen. Die ständige Präsenz und Zuständigkeit von SozialarbeiterInnen ist zu gewährleisten.*
6. *Der Zugang und Ausgang des Hauses muss (gerade auch für Kinder) gesichert werden, da der Gehsteig vor dem Haus bis zum vielbefahrenen Radweg nur 120 cm breit ist. Evtl. ist der Radweg auf die Eduard-Grunow-Straße zu verlegen.*
- 40 7. *Den Bewohnern des Hauses müssen ausreichend große Räumlichkeiten für gemeinsame Aktivitäten und Zusammenkünfte zur Verfügung stehen. Die Bedürfnisse von Kindern sind in besonderer Weise zu berücksichtigen (Spielmöglichkeiten).*
- 45 8. *Entscheidungen über die weitere Entwicklung des Projekts werden von der zuständigen Behörde und dem Beirat Mitte ergebnisoffen sowie öffentlich mit den Anwohnern diskutiert und möglichst einvernehmlich getroffen.*
- Im Übrigen wird sich der Beirat Mitte verstärkt um den Nachweis dezentraler Wohnungen für Asylsuchende kümmern und die im ganzen Stadtbereich zuständigen Stellen auffordern das Gleiche zu tun.“*

50

5 Anhang 2:

Die in Bremen dominierende Lokalzeitung „Weser-Kurier / Bremer Nachrichten“ veröffentlichte am 15.1.2013 einen Artikel ihrer angestellten Journalistin Frauke Fischer, in der sie eine Reihe von Möglichkeiten der Wohnungsbeschaffung durch das Amt für soziale Dienste beschreibt. Diese wären auch für Asylbewerber möglich.

10 Mit Schreiben vom 16.1.2013 von Sabine Peege-Marcussen im Auftrag des Weser-Kurier wurde mir erlaubt, den Artikel abzdrukken, was ich im Folgenden mit Dank an den Weser-Kurier tue:

Weser-Kurier:

FRAUKE FISCHER – Di, 15. Januar 2013

15 „Hilfe für Wohnungslose

Sozialbehörde und Immobilienunternehmen suchen gemeinsam eine feste Bleibe für benachteiligte Menschen

VON FRAUKE FISCHER

20 Bremen. Der Wohnungsmarkt in Bremen ist schwierig. Gerade Geringverdiener, große Familien und Studenten haben es oftmals schwer, eine geeignete Unterkunft zu mieten. Eine Gruppe hat es noch schwerer: Jene Menschen, die ohne eigenes Einkommen sind, die durch Zwangsräumung ihr Dach über dem Kopf verloren haben, psychisch krank sind oder aus anderen Gründen in Notunterkünften leben. Laut Zentrale Fachstelle Wohnen (ZFW) im Amt für Soziale Dienste sind es 250 Menschen, für die die Abteilung eine Bleibe finden möchte. Im vergangenen Jahr hatte die Abteilung 641 Menschen, 25 die sie neu in Notunterkünften, also Einrichtungen und Pensionen, unterbringen musste, wobei die Notschlafstelle für aktive Drogenkonsumenten nicht mitgerechnet wurde. Das bedeutet insgesamt etwa 53 „Einsteiger“ pro Monat. Für einige davon klappt es mit der Wohnungsvermittlung inzwischen besser, unter anderem weil die ZFW Absprachen mit Wohnungsbaugesellschaften getroffen hat.

30 Jeweils Mitte eines Monats sucht sie aus dem großen Pool Personen aus, denen die Sozialpädagogen zutrauen, vielleicht mit ein wenig Begleitung wieder auf eigenen Füßen stehen zu können – Menschen, die „wohnfähig“ sind, so Abteilungsleiterin Petra Kodré. Bis zu fünf pro Monat werden an die Wohnungsgesellschaft Gewoba vermittelt, notfalls zum Vorstellungsgespräch begleitet. Beistand für Besichtigungstermin, Umzug und die erste Phase des Wohnens werden angeboten. Im Zuge dieses Kontingent-Modells hält die Gewoba in Mehrfamilienhäusern in verschiedenen Stadtteilen monatlich eine 35 verbindliche Zahl an Wohnungen für Klienten der ZFW bereit. Den Wohnungssuchenden ist es oft schon eine große Hilfe, dass ihnen jemanden zur Seite steht, die Vermittlungsgespräche führt und notfalls bürgt. „Dieser institutionalisierte Kontakt baut Brücken“, sagt Bernd Schneider, Sprecher der Sozialbehörde.

40 Manfred Corbach, bei der Gewoba zuständig für die Immobilienwirtschaft, ist nach den ersten Monaten sehr zufrieden mit der Kooperation. „Es ist ein konstruktiver Austausch“, sagt der Prokurist. Oftmals seien es ja ganz banale Gründe, aus denen es ein Wohnungssuchender bislang schwer gehabt habe, eine neue Bleibe zu finden. Er scheut vielleicht den Besichtigungstermin ohne Beistand, hat Sprachprobleme oder leidet an einer Krankheit. „Wir haben inzwischen 70 Prozent der Fälle abgearbeitet und gute Erfahrungen gemacht“, sagt Corbach. In Horn-Lehe, Kattenturm und anderswo habe 45 man Menschen untergebracht. Manchmal allerdings sei es schwierig, eine geeignete Wohnung zu finden. Wenn beispielsweise jemand partout in einer bestimmten Straße bleiben wolle.

Klappt es mit der Wohnung, machen Gewoba und der neue Mieter einen Mietvertrag miteinander aus. Für Corbach steht die Kooperation mit der Sozialbehörde außer Frage: „Wir haben als städtische Gesellschaft einen sozialen Auftrag.“

5 Nach dem gleichen Modell arbeitet die Fachstelle Wohnen auch mit der Brebau zusammen. Zwei
Wohnungen pro Monat gibt es bei der Wohnungsbaugesellschaft für Suchende, die die Fachstelle
vermittelt. Die Kooperation hat gerade begonnen. Etwas anders gelagert ist die Zusammenarbeit mit
10 der Bremischen Wohnungsbaugesellschaft (Bremische). Die Stadt hat mit ihr einen Vertrag über zwölf
Wohnungen, in die sie nach dem Obdachlosenpolizeirecht vorübergehend Nutzungsberechtigte ein-
weisen kann. Für sie gibt es zunächst keine eigenen Mietverträge. Über 15 Monate hinweg wird ge-
schaut, ob das Einleben klappt, bei Bedarf sind begleitende Betreuung je nach Grad der Bedürfnisse
möglich. Im Erfolgsfall wird ein Mietvertrag zwischen Bremischer und Bewohnern abgeschlossen.
15 „Die letzte dieser Wohnungen wird gerade belegt“, sagt Petra Kodré. Wenn alle zwölf nach der Über-
gangsphase zu festen Mietverhältnissen geführt haben, könnte ein neuer Pool gebildet werden, so die
Abteilungsleiterin.

Auch könnten derzeit unrenovierte Wohnungen, die der stadt eigenen Immobilien Bremen gehören,
aktiviert werden. Das Unternehmen hat eine Liste mit Wohnungen im gesamten Stadtgebiet zusam-
mengestellt, die für Wohnungssuchende mit Schwierigkeiten infrage kommen und für diese instand
20 gesetzt werden könnten. Zehn Wohnobjekte, so Kodré, würden derzeit überprüft, bis Ende Januar sei
voraussichtlich geklärt, welche vermittelbar sind.

Für die Sozialbehörde ist die Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften ein wichtiges In-
strument. „Es gibt auch Gespräche mit privaten Vermietern, die zum Teil sehr gut laufen. Aber ein
öffentlicher Träger ist dem Gemeinwohl in viel höherem Maße verpflichtet“, sagt Bernd Schneider.“

Ende des Abdrucks.

25